

**Formblatt für eine Unterstützungsunterschrift eines Wahlvorschlags zu einer  
Wahlkreisliste für die Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft**

**im Wahlkreis 9 - Barmbek - Uhlenhorst - Dulsberg** .....

Eine Unterschrift ist nur gültig, wenn sie die unterzeichnende Person persönlich und handschriftlich geleistet hat. Unterstützungsunterschriften eines Wahlvorschlags zu einer Wahlkreisliste dürfen erst gesammelt werden, wenn der Wahlvorschlag aufgestellt ist; vorher geleistete Unterschriften sind ungültig. Jede wahlberechtigte Person darf mit ihrer Unterschrift nur eine Wahlkreisliste für die Bürgerschaftswahl unterstützen. Wer mehrere Wahlkreislisten unterzeichnet, macht sich nach § 108d in Verbindung mit §107a des Strafgesetzbuches strafbar.

Ausgegeben durch die Bezirkswahlleitung



Hamburg, 17.10.2024  
.....  
(Ort, Datum)

(Dienstsiegel der Dienststelle der Bezirkswahlleitung)

**Unterstützungsunterschrift**

Ich unterstütze hiermit durch meine Unterschrift die Wahlkreisliste

Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative	Die PARTEI
Name der Partei oder bei anderen Wahlvorschlägen Name oder Kennwort	Kurzbezeichnung
Die PARTEI Landesverband Hamburg, Postfach 60 05 29, 22205 Hamburg	
Kontaktdaten/Geschäftsstelle (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	

im oben genannten Wahlkreis für die **23. Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft**.

Ich bin damit einverstanden, dass für mich eine Bescheinigung des Wahlrechts eingeholt wird<sup>1)</sup>.

**Bitte in Druckschrift ausfüllen**

..... Familienname	..... Vornamen	..... Geburtsdatum
..... Anschrift - Hauptwohnung - (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)		
..... Datum	..... Persönliche und handschriftliche Unterschrift	

**Amtliche Bescheinigung (bitte nichts eintragen)**

**Bescheinigung des Wahlrechts<sup>2)</sup>**

Die vorstehende unterzeichnende Person ist nach den heute vorliegenden Erkenntnissen im oben angegebenen Wahlkreis nach § 6 i. V. m. § 23 Abs. 5 Satz 1 Bürgerschaftswahlgesetz wahlberechtigt und nicht nach § 7 Bürgerschaftswahlgesetz vom Wahlrecht ausgeschlossen.

.....  
(Ort, Datum)

Freie und Hansestadt Hamburg Hamburg Service – Zentrale  
Meldeangelegenheiten

.....  
(Unterschrift des/der mit der Bescheinigung des  
Wahlrechts beauftragten Bediensteten)

(Dienstsiegel)

<sup>1)</sup> Bitte streichen, wenn die unterzeichnende Person die Bescheinigung ihres Wahlrechts selbst einholen will.  
<sup>2)</sup> Die Meldebehörde darf das Wahlrecht nur einmal für eine Wahlkreisliste und eine Landesliste bescheinigen; dabei darf sie nicht festhalten, für welchen Wahlvorschlag die erteilte Bescheinigung bestimmt ist.

## Hinweise zum Datenschutz

### 1. Zweck und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Das Formblatt dient der Unterstützung des Wahlvorschlags für die Wahlkreisliste des angegebenen Wahlvorschlagträgers zur Teilnahme an der 23. Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft in dem angegebenen Wahlkreis. Der Wahlvorschlag eines noch nicht im Bundestag oder in einem Länderparlament vertretenen Wahlvorschlagträgers muss von mindestens 100 Wahlberechtigten unterstützt werden (§ 23 Absatz 5 Bürgerschaftswahlgesetz).

### 2. Empfänger der personenbezogenen Daten

Die ausgefüllten und unterschriebenen Formblätter mit dem Bestätigungsvermerk über das Wahlrecht werden von dem angegebenen Wahlvorschlagträger bei der das Formblatt ausstellenden Bezirkswahlleitung eingereicht.

Bis zum Einreichen der Formblätter bei der Bezirkswahlleitung liegt die Verantwortung für die ordnungsgemäße Verwendung bei dem angegebenen Wahlvorschlagträger. Die Kontaktdaten sind auf der Vorderseite dieses Formblattes angegeben - dort können Sie bis zur Einreichung Auskunft über die Verarbeitung, die Löschung oder die Berichtigung Ihrer Daten verlangen. Die Partei/Wählervereinigung darf die Formblätter und die personenbezogenen Angaben ausschließlich für den Zweck des Einreichens ihres Wahlvorschlags einer Bezirksliste verwenden. Reichen sie den Wahlvorschlag nicht ein, haben sie die Formblätter zu vernichten.

### 3. Datenverarbeitung

Im Rahmen des Wahlvorschlagverfahrens prüft die Bezirkswahlleitung, ob die erforderliche Anzahl gültiger Unterstützungsunterschriften erreicht worden ist und berichtet dies dem Bezirkswahlausschuss. Die nach § 19 Absatz 8 Bürgerschaftswahlgesetz zur Verschwiegenheit verpflichteten Mitglieder des Bezirkswahlausschusses dürfen die Formblätter im Rahmen der Entscheidung über die Zulassung des Wahlvorschlags für die Wahlkreisliste des angegebenen Wahlvorschlagträgers einsehen.

Außerhalb des Formblattes wird die Unterstützung des betreffenden Wahlvorschlags nicht dokumentiert oder gespeichert.

### 4. Vernichtung

Bei der Bezirkswahlleitung eingereichte Formblätter sind für mindestens ein Jahr nach Durchführung der Wahl in Papierform vor dem Zugriff Unbefugter sicher aufzubewahren und anschließend zu vernichten. Die Aufbewahrung verlängert sich auf Anordnung der Landeswahlleitung bis zum Abschluss eines schwebenden Wahlprüfungs- oder strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens.